Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

22. Sitzung
4. September 2023

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.44 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Biel (SenWiEnBe).

- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton) sowie dass den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet ist.

- Der Vorsitzende teilt mit, dass Punkt 4 der Tagesordnung entsprechend der Mitteilung zur Einladung vom 29. August 2023 wie folgt ergänzt wurde:

  Hierzu:

Vorlage – zur Beschlussfassung –	0099-1
Drucksache 19/0778-1	WiEnBe
Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm,	Haupt
Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026	StadtWohn
– Austauschseiten zu den Seiten 66, 162 und 163 der	UK(f)
Anlage –	Mobil

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

– „Was unternimmt der Senat, um die bereits am 17.02.2021 durch die Wirtschafts- und Verkehrsverwaltung mit Bestellung der verbindlichen Vorplanung eingeleiteten Realisierung des S-Bahnhofs Kamenzer Damm zeitnah nach Inbetriebnahme der Dresdner Bahn zu gewährleisten?“

  (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

– „Welche Fortschritte gibt es bei der Rahmenplanung für die südliche Bitterfelder Straße und welche Optionen neben der Entwicklung eines kommunalen Gewerbehofs sieht der Senat für die intensivere gewerblichen Nutzung der Bitterfelder Straße 15?“

  (Fraktion Die Linke)

– „Welchen neuen Sachstand gibt es zur Zukunft des ICC und wie wird im Konzeptverfahren die Stärkung des Kongressstandorts berücksichtigt und sichergestellt, dass das ICC auch weiterhin für Kongresse zur Verfügung steht?“

  (Fraktion der SPD)

Es wird folgende mündliche Frage gestellt:

– „Wie weit war die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe in die Gespräche zwischen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Eigentümer des sog. Lafayette-Gebäudes in der Friedrichstraße hinsichtlich eines möglichen Einzugs der ZLB eingebunden?“

  (AfD-Fraktion)

Im Anschluss an die Beantwortung der Fragen durch Herrn Staatssekretär Biel (SenWiEnBe) schließt der Ausschuss Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0152
Entwicklungspolitische Leitlinien: Global denken, lokal handeln – regionale Aspekte internationaler Wirtschaftskooperationen WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Frau Abg. Lüdke (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Biel (SenWiEnBe) nimmt einleitend Stellung.

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung der Anzuhörenden bezüglich der Liveübertragung und weiteren Veröffentlichung der Aufnahmen fest.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

– Herr Armin Massing, Berlin Global Village gGmbH,

– Herr Alexander Schudy, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Biel (SenWiEnBe) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 2 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1074 **Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes**	0153 WiEnBe Haupt Mobil(f)
b)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion die Linke Drucksache 19/0983 **Gesetzentwurf zur Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes und des Berliner Straßengesetzes**	0108 WiEnBe Haupt Mobil(f)

Zu diesem Punkt der Tagesordnung nimmt Frau Abg. Kapek (GRÜNE) in ihrer Funktion als verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Sitzung teil. Der Ausschuss gewährt ihr einvernehmlich das Rederecht gemäß § 25 Abs. 6 Satz 1 GO Abghs.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 3 a) der Tagesordnung ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke als Tischvorlage vorliegt (Anlage 1).

Der Vorsitzende weist weiter darauf hin, dass der Senat zu Punkt 3 b) der Tagesordnung eine Stellungnahme gemäß § 43 GGO II eingebracht hat.

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Herr Staatssekretär Biel (SenWiEnBe) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Herr Abg. Valgolio (LINKE) begründet den Änderungsantrag zu Punkt 3 a) für seine Fraktion.

Frau Abg. Kapek (GRÜNE) begründet den Antrag – Drucksache 19/0983 – für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Im Anschluss an die Beratung zieht die Fraktion Die Linke ihren Änderungsantrag zu Punkt 3 a) der Tagesordnung zurück.

Danach beschließt der Ausschuss wie folgt:

– Der Antrag – Drucksache 19/0983 – wird abgelehnt.

  (mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

– Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1074 – wird angenommen.

  (einstimmig mit CDU, SPD und LINKE bei Enthaltung GRÜNE und AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Mobilität und Verkehr.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0778 **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm,** **Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026**	0099 WiEnBe Haupt StadtWohn UK(f) Mobil

Hierzu:

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0778-1 **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm,** **Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026** – Austauschseiten zu den Seiten 66, 162 und 163 der Anlage –	0099-1 WiEnBe Haupt StadtWohn UK(f) Mobil

Herr Staatssekretär Biel (SenWiEnBe) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Biel (SenWiEnBe) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0778 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt einstimmig (mit den Stimmen aller Fraktionen) im Rahmen der Haushaltsberatungen gemäß der als Anlage 2 beigefügten Verfahrensregeln zu verfahren.

Die nächste Sitzung findet am Montag, dem 18. September 2023, 14.00 Uhr, statt.

Der Vorsitzende Der stellv. Schriftführer

Jörg Stroedter Olaf Schenk

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zur Vorlage zur Beschlussfassung
Drucksache 19/1074, Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes

Die Vorlage zur Beschlussfassung 19/1074 wird mit folgenden Änderungen angenommen

1. In Artikel 1, Nr. 6 wird an den neuen §60 Absatz 3 nach den Wörtern „verlagert werden“ folgender Satz angefügt:
   „Das Land ertüchtigt die Infrastruktur für den Schienengüterverkehr und setzt Modellprojekte um.“

2. In Artikel 1, Nr.6 wird an den neuen §61 Absatz 4 nach den Wörtern „über die Ergebnisse.“ folgender Satz angefügt:
   „Über die Zusammensetzung der Austauschplattform „Berliner Wirtschaftsverkehr“ entscheidet das Abgeordnetenhaus auf Vorschlag des Senats.“

3. In Artikel 1, Nr.6 wird an den neuen §62 ein neuer Absatz (5) mit folgendem Text angefügt:
   „(5) "Das Land Berlin untersucht obligatorisch die Anbindung neuer Wirtschafts-, Forschungs- und Technologieeinrichtungen über die Schiene."

4. In Artikel 1, Nr.6 wird an den neuen §62 ein neuer Absatz (6) mit folgendem Text angefügt:
   „(6) Die für den Verkehr zuständige Senatsverwaltung unterstützt die Einrichtung von anbieterneutralen City-Hubs in den Berliner Bezirken.“

5. In Artikel 1, Nr.6 wird an den neuen §63 ein neuer Absatz (5) mit folgendem Text angefügt:
   „(5) Durch wirksame geeignete Maßnahmen, darunter auch bauliche Maßnahmen wie absenkbare Sperren, sollen Ladeverkehrsversflächen freigehalten werden.“

III A 2
Frau Ketteler

10. August 2023
App. 1490

Verfahrensregeln und Ablauf der Haushaltsberatungen
für die Jahre 2024/25
im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

1. Die Fragen bzw. Berichtsaufträge für die 1. Lesung des Einzelplans im Ausschuss werden durch die Fraktionen dem Ausschussbüro spätestens bis **Montag, 11. September 2023, 12.00 Uhr** *(bereits beschlossen)*, digital übermittelt. Ein Muster wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die Fraktionen werden gebeten, ausschließlich dieses Muster zu verwenden und ein entsprechendes Word-Dokument zu übersenden.

2. Das Ausschussbüro erstellt zwecks Strukturierung der 1. Lesung eine Synopse der Fragen geordnet nach Kapiteln und Titeln, die dem Ausschuss und dem Senat im Vorfeld zur Verfügung gestellt wird.

3. **1. Lesung: Montag 18. September 2023** *(bereits beschlossen)*

   1. Lesung:

   a. Verlängerte Sitzungszeit: 14.00 bis 18.30 Uhr
   b. Verzicht auf den ständigen Punkt „Aktuelle Viertelstunde“
   c. Verzicht auf eine Generalaussprache (diese erfolgt in der 2. Lesung)
   d. kurze Stellungnahme der Senatsverwaltung
   e. Abarbeitung des Einzelplans, indem die Kapitel nacheinander unterteilt nach Titeln seitenweise aufgerufen werden
   f. Mündliche Beantwortung der Fragen bzw. mündliche Stellungnahmen durch die Senatsverwaltung
   g. Die Beantragung der schriftlichen Beantwortung von in der Sitzung neu entstandenen Fragen kann in (hand-)schriftlicher Form auf einem Muster erfolgen. Dieses Muster wird zur Verfügung gestellt. Das Nachliefern der genauen Formulierung von in der Sitzung entstandenen Fragen ist im Ausnahmefall bis 12.00 Uhr des nächsten Tages und nach Ankündigung in der Sitzung möglich.
   h. Beschlussfassungen über Berichtsaufträge (d. h. nur über schriftliche und mündliche Fragen bzw. Berichtsaufträge, die in der Sitzung nicht oder nicht hinreichend mündlich beantwortet bzw. ausgeführt wurden sowie ausdrücklich weiterhin bestehende Berichtsaufträge).

4. Das Nachliefern gänzlich neuer Fragen ist ausgeschlossen, da diesbezüglich nicht das Einverständnis des Ausschusses unterstellt werden kann.

5. Die Berichte werden durch die Senatsverwaltung als Sammelvorlage direkt dem Ausschuss übermittelt. Diese Sammelvorlage erhalten alle Mitglieder des Ausschusses und die zuständigen Fraktionsreferentinnen und –referenten in digitaler Form. Alle (nicht vertraulichen) Berichte der Sammelvorlage müssen auch in elektronischer Form für die Datenbank ADOS zur Verfügung gestellt werden.

6. Die Sammelvorlage wird spätestens am **Mittwoch, 4. Oktober 2023, 12.00 Uhr** *(bereits beschlossen)* eingereicht.

7. Änderungsanträge für die 2. Lesung werden durch die Fraktionen schriftlich im Ausschussbüro spätestens bis **Dienstag, 10. Oktober 2023, 12.00 Uhr** *(bereits beschlossen)*, eingereicht. Sie sollen das Kapitel, den Titel mit Nummer und Bezeichnung, die betroffenen Haushaltsjahre sowie die zu verändernden Beträge nennen und einen Deckungsvorschlag enthalten. Ein Formulierungsmuster wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die Fraktionen werden gebeten, ausschließlich dieses Muster zu verwenden und ein entsprechendes Word-Dokument zu übersenden.

8. Das Ausschussbüro erstellt zwecks Strukturierung der 2. Lesung eine Synopse der Änderungsanträge und beschlossenen Berichtsaufträge geordnet nach Kapiteln und Titeln, die dem Ausschuss und dem Senat vor der 2. Lesung im Ausschuss zur Verfügung gestellt wird.

9. **2. Lesung: Montag, 16. Oktober 2023** *(bereits beschlossen)*

   In der 2. Lesung werden nur Titel aufgerufen und beraten, die auf Antrag ausdrücklich zur 2. Lesung zurückgestellt wurden (d. h. aufgrund eines beschlossenen Berichtsauftrags oder aufgrund anderweitiger in der 1. Lesung erfolgten ausdrücklichen Zurückstellung) oder zu denen Änderungsanträge vorliegen.

   2. Lesung:

   a. Verlängerte Sitzungszeit: 14.00 bis 18.30 Uhr
   b. Verzicht auf ständigen Punkt „Aktuelle Viertelstunde“
   c. Generalaussprache auf eine Redezeit von 10 Minuten pro Fraktion begrenzt
   d. Beratung nur der zurückgestellten Titel bzw. der Titel, zu denen Änderungsanträge vorliegen

10. Die Personaltitel und Stellenpläne werden generell in dem für Personal zuständigen Unterausschuss des Hauptausschusses beraten. Der Ausschuss ist jedoch nicht gehindert, diesbezüglich übergeordnete haushaltsrelevante Fragen zu erörtern.

***